

FPÖ/Gradauer/Budget

FPÖ-Gradauer: Budget 2011 - Ohne Reformen droht neues Belastungspaket

Utl.: 200 Mrd. Euro Staatsschulden und jährlich acht Mrd. Euro Zinsen
fressen uns auf

Wien (OTS) - Ein Kassasturz zeige die Tragweite unserer Budgetproblematik auf. "Bei 200 Mrd. Euro Staatsschulden, die bis 2014 auf 240 Mrd. Euro anwachsen werden, sind jetzt schon jährlich 8 Mrd. Euro Zinsen fällig. 2014 werden wir bereits mindestens 11 Mrd. Euro Zinsen berappen müssen. Bei steigendem Zinsniveau sogar mehr. Das bedeutet, dass heute jeder Österreicher einen Schuldenrucksack von über 23.000 Euro Staatsschulden mit sich herumschleppt. Die Zinsen fressen uns auf. Zum Vergleich, das Bildungsbudget beträgt heuer sieben Mrd. Euro", so der freiheitliche Budgetsprecher NAbg. Alois Gradauer in der heutigen Plenardebatte.

Diese Rot-Schwarze Regierung schaffe es nicht, das Ruder herum zu reißen. Vollmundig angekündigte Reformen seien wieder einmal ausgeblieben. Das Versprechen, keine neuen Steuern einzuführen, sei gebrochen worden. "500 Mio. Euro Steuererhöhungen bei der Mineralölsteuer und 500 Mio. durch die Bankenabgabe schaden der Wirtschaft. Dafür gibt es nach wie vor kein einheitliches Beamtendienstrecht für ganz Österreich und keine effiziente Transparenzdatenbank, um dem Sozialmissbrauch auf die Schliche zu kommen. Finanzminister Pröll kann einem leid tun. Pröll ist ein Ankündigungsweltmeister, leider aber ein Umsetzungszwerg. Wer hindert Sie an einer vernünftigen Budgetgestaltung inklusive Verwaltungs- und Strukturreformen? 'Unter dieser Konstellation sei nicht mehr drinnen gewesen', haben Sie gesagt. Wen meinten Sie damit, Herr Finanzminister? Ihren Onkel, Ihren Koalitionspartner SPÖ, oder beide? Ihnen fehlt der Mut, sich durchzusetzen", so Gradauer.

Auch die Behauptung, das Budget werde ausgabeseitig konsolidiert stimme nicht. Vom versprochenen Verhältnis 60 Prozent durch Einsparungen zu 40 Prozent durch Einnahmen, also Steuern, seien wir weit entfernt. "Die echten Einsparungen belaufen sich lediglich auf 406 Mio. Euro. Davon gehen 80,5 Prozent, also 327 Mio. Euro zu Lasten der Familien. Von den 2,9 Mrd. Euro Einnahmen gehen dafür sofort 2,3 Mrd. Euro an die maroden Griechen. In Wahrheit ergibt sich ein Verhältnis von 18:82. Möglicherweise kann der Finanzminister nicht rechnen", so der freiheitliche Budgetsprecher.

"Verwaltungsreform, Subventionsabbau und Gesundheitsreform sind längst überfällig. Dabei liegen die Vorschläge zu wirksamen Einsparungen lange auf dem Tisch. Rechnungshof, Wifo und IHS haben es mehrfach aufgezeigt und vorgerechnet. In einer Staats-, Verwaltungs- und Gesundheitsreform schlummern jährlich elf Milliarden Euro Einsparungspotential. Ohne große Reformschritte werden wir das Budget nicht sanieren können, sonst haben wir in zwei Jahren ein neues Belastungspaket mit neuen Steuern auf dem Tisch", so Gradauer abschließend.

Rückfragehinweis:

~

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0128 2010-12-20/12:35

201235 Dez 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios

und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an:
Tel. ++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at